

Mit Zuversicht ins Kommunalwahljahr 2006

Niedersachsens SPD setzt auf harte Arbeit und verlässliche Politik für die Kommunen.

VON GARRELT DUIN VORSITZENDER
DER NIEDERSACHSEN-SPD

Am 10. September 2006 steht uns Niedersachsen mit den Kommunalwahlen ein wichtiges Ereignis bevor. Die Bundestagswahlen haben gezeigt, wie stark wir in Niedersachsen sein können. Wir lagen knapp 10% vor der CDU. Dieser Rückenwind lässt uns zuversichtlich in das Kommunalwahljahr 2006 starten. Dennoch haben wir eine Menge Arbeit vor uns.

Die Kommunalwahl ist wichtig für uns! In Hannover, Braunschweig, Osnabrück, Oldenburg, Göttingen und anderen Städten und Gemeinden wollen wir die Bürgermeisterwahlen gewinnen.

Wir wollen viele unserer Kandidatinnen und Kandidaten in die kommunalen Räte bringen und wir wollen die zahlreichen Landratswahlen gewinnen. Erfolgreiche Kommunalwahlergebnisse sind die unverzichtbare Grundlage, um vor Ort die Politik aktiv sozi-

aldemokratisch zu gestalten.

Die bisherige Amtszeit der Regierung Wulff war alles andere als ein Gewinn für die Kommunen: Mit den massiven Kürzungen beim Kommunalen Finanzausgleich wurde die Handlungsfähigkeit der Kommunen erheblich eingeschränkt, die finanziellen Entlastungen bei Hartz IV wurden nur unzureichend vom Land an die Kommunen weitergegeben und das Versprechen, in den ersten 100 Tagen das Konnexitätsprinzip in die Verfassung aufzunehmen, wurde nicht eingehalten. Die CDU/FDP-Regierung versucht, die Finanzen des Landes auf dem Rücken der Kommunen zu konsolidieren. Durch die geplante Privatisierung von Wasser und Abwasser höhlt die CDU die kommunale Selbstverwaltung weiter aus.

Eine solche Politik machen wir nicht mit. Für uns ist klar: Die SPD ist ein verlässlicher Partner der Kommunen. Wir wollen lebens-



Garrelt Duin: Ärmel aufkrempeln, Wahlen gewinnen

Photo: lopo

werte Kommunen. Und wir wollen aktive Kommunen, in denen die Räte über die Politik vor Ort entscheiden können. Sie brauchen finanzielle Handlungsspielräume, um für intakte Infrastruktur, Kultur- und Sportangebote und mehr Bildungsangebote sorgen zu können. Investitionen in die Kommunen sind die beste Wirtschaftsförderung.

Niedersachsen muss Bildungsland werden. Bildung

ist unsere wichtigste Zukunftsaufgabe. Im Mittelpunkt unserer Politik wird daher stehen, mehr Bildungschancen für alle zu organisieren. Gerade im Bereich der frühkindlichen Bildung haben wir große Defizite. Wir brauchen mehr Krippenplätze und mehr Betreuung für unter 3-jährige. So können die Stärken der Kinder besser gefördert und ihre Schwächen abgebaut werden. Es

wird mehr Qualität für jedes Kind erreicht. Dabei ist klar: Die Kommunen brauchen finanzielle Unterstützung, wenn sie dieses wichtige Projekt umsetzen sollen.

Wir sind gut aufgestellt für die Kommunalwahlen. In viele Städten und Gemeinden wurden schon aussichtsreiche Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten nominiert.

Die SPD hat bei den Bundestagswahlen gezeigt, wie aktiv sie vor Ort ist und dass sie auf die Menschen zugehen kann. Dies sind die besten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Kommunalwahl. Gerade vor Ort geht es darum, den Menschen zu zeigen, dass die SPD ein verlässlicher Partner ist und sich für lebenswerte Kommunen engagiert.

So können wir Vertrauen schaffen. Lasst uns in den nächsten Monaten hart arbeiten und mit einer überzeugenden Kommunalpolitik die Menschen für uns gewinnen. ■

In Sachen Gerechtigkeit sind wir das Original

Der NIEDERSACHSEN-vorwärts im Gespräch mit dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Peter Struck nach einem Vierteljahr großer Koalition.

vorwärts: »Die SPD muss als SPD erkennbar bleiben, wie gehst du das als Fraktionsvorsitzender in dieser großen Koalition an?«

Peter Struck: »Wir haben nur drei Mandate weniger als die Union, wir sind die stärkste der drei Koalitions-Parteien und wir haben uns im Bereich der Koalitionsverhandlungen in wichtigen Feldern durchgesetzt. Das betrifft den gesamten Bereich, den **Franz Müntefering** zu verantworten hat

und die Komponente der sozialen Gerechtigkeit, die in der Koalitionsvereinbarung eindeutig erkennbar ist. Die Union wird versuchen uns das Thema Gerechtigkeit zu nehmen, sie wird versuchen, sozialdemokratischer zu sein als wir, aber das wird ihr nicht gelingen, denn das Original ist immer besser als das Plagiat.«

vorwärts: »Viele Menschen im Lande hoffen, dass sich endlich etwas bewegt auf dem Arbeitsmarkt und dass Lösungen mit der großen Koalition einfacher werden. Nun ist dieses Kombilohn-Modell auf dem Tisch. So richtig zufrieden scheint damit bei euch keiner zu sein.«

Peter Struck: »Nein. Unsere Vorstellungen gehen in eine



Guter Start für Peter Struck

Photo: Gelinski

andere Richtung, nämlich dass über das Instrument des Entsendegesetzes eine Art Mindestlohn erreicht wird. Es ist nicht hinnehmbar, dass in manchen Bereichen der neuen Bundesländer tariflich vereinbarte Stundenlöhne von unter fünf Euro gezahlt werden. Wir wollen, und ich unterstütze ganz ausdrücklich die Initiativen der Gewerkschaft ver.di, einen Mindestlohn in Deutschland festzuschreiben...

...den es in den meisten europäischen Staaten bereits gibt...

...ja, aber die Union tut sich schwer damit. Es wird eine Aufgabe von Franz Müntefering sein, im Kabinett den dafür notwendigen Entwurf vorzulegen. Ich glaube aber, dass die Union inzwischen eingesehen

hat, dass sie bei ihrem Nein nicht bleiben kann. Der Arbeitnehmerflügel der Union hat viel Sympathie für den Mindestlohn, und deswegen bin ich ganz optimistisch, dass wir das hinkriegen.«

vorwärts: »Was springt eigentlich für Niedersachsen dabei heraus, dass Du jetzt Fraktionsvorsitzender bist?«

Peter Struck: »Wir sind ganz gut vertreten im Fraktionsvorstand und bei Ausschuss-Vorsitzenden, Obleuten und SprecherInnen. **Carola Reymann** aus Braunschweig wird da eine wichtige Rolle spielen und ich verspreche mir viel von unserem Landesvorsitzenden **Garrelt Duin**, der im Wirtschaftsausschuss jetzt Akzente setzen soll. « ■

Impressum vorwärts:

SPD-Niedersachsen
Verantwortlich: Dr. Frank Wilhelmy
Redaktion: Lothar Pollähne
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
E-Mail: lopo.vorwaerts@t-online.de
Satz: anette.gilke@t-online.de

Dieses Bundesland verdient eine bessere Zukunft

Christian Wulff hat den Zenit seines Erfolges überschritten

VON WOLFGANG JÜTTNER, VORSITZENDER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

»Jung, dynamisch, netter Schwiegersohn, Ministerpräsident eines Bundeslandes empfiehlt sich als zukünftiger Bundeskanzler« – so hätte sich wohl Christian Wulff im Frühjahr 2005 beworben. Und so sah wohl tatsächlich die Lebensplanung aus. Christian Wulff führte über mehrere Wochen die Rangliste der beliebtesten Politiker an, mischte intensiv in der Bundespolitik mit, wurde als heimlicher Kanzlerkandidat gehandelt und hat sich selbst als solcher empfohlen.

Der 22. Mai 2005 hat diese Planung zunichte gemacht. Die Entscheidung, Neuwahlen herbeizuführen, führte zu einer schnellen Einigung der Unionsparteien auf die Kandidatin Angela Merkel. Der Ausgang der Bundestagswahl und das Ergebnis der Regie-

rungsbildung sind bekannt. Angela Merkel ist Kanzlerin, für Christian Wulff bleibt das Amt des Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen. Seine bundespolitischen Ambitionen sind beendet und auch in Niedersachsen ist der Zenit des Erfolges überschritten.

Der Hochmut, der nach der Landtagswahl 2003 in den Regierungsfractionen zu spüren war, führte zu dem Glauben, unangreifbar zu sein. Hochmut kommt aber bekanntlich vor dem Fall. Die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes in Sachen Telefonüberwachung und des Staatsgerichtshofes bei der Frage des Mediengesetzes sind nur zwei besonders schwerwiegende Beispiele für Fehler und Missmanagement dieser Landesregierung.

Politisch falsch und auch juristisch fragwürdig ist ferner die Gründung einer kreisfreien Samtgemeinde im Landkreis Lü-



Wolfgang Jüttner Photo: lopo

chow-Dannenberg. Auch hier droht eine Klage vor dem Staatsgerichtshof. Anscheinend hat sich die Landesregierung das Ziel ge-

setzt, in das Guinness-Buch der Rekorde aufgenommen zu werden – mit den meisten Niederlagen vor einem Verfassungsgericht in einer Legislaturperiode.

Auch das Image des netten Schwiegersohns blättert ab. Für viele Beobachter war dieses Image aufgrund der Politik der Landesregierung in den vergangenen Jahren ohnehin nur Fassade. Es wird aber auch für die breite Öffentlichkeit immer deutlicher, mit welcher Art und Weise Christian Wulff bereit ist, Politik zu machen.

Bei dem Neujahrsempfang der IHK Wolfsburg hat sich Christian Wulff zu der folgenden Formulierung hinreißen lassen: »Herkules hat den Stall des Augias ausgemistet, indem er den Fluss durchgeleitet hat. Vielleicht sollte man in Wolfsburg den Mittellandkanal von oben in das VW-Verwaltungsgebäude einleiten«. Und auch wenn diese Formulierung nach

Aussage des Regierungssprechers nur als Witz im Rahmen einer launigen Rede gedacht war, so zeigt diese Art und Weise doch, dass Christian Wulff bereit ist, die Interessen eines für Niedersachsen wichtigen Unternehmens und damit die Interessen des Landes seinen eigenen Interessen (und Rachegefühlen gegenüber bestimmten Personen in der VW-Spitze) unterzuordnen.

Der Lebensplanung und Perspektive von Christian Wulff, als Bundeskanzler in die Bundespolitik zu wechseln, wurden 2005 Grenzen gesetzt.

In den kommenden zwei Jahren geht es nun weiterhin darum, Christian Wulff und der CDU/FDP-Landesregierung in Niedersachsen ihre Grenzen aufzuzeigen. Wir müssen deutlich machen, dass dieses Land eine bessere Perspektive für die Zukunft verdient hat. Daran arbeiten wir! ■

Alle Kinder haben dieselben Rechte

Bundesfamilienministerin von der Leyen muss ihre unausgewogenen Steuervorstellungen bei der Familienförderung revidieren



Caren Marks Photo: lopo

EIN KOMMENTAR VON CAREN MARKS

Die vom Bundeskabinett beschlossene Einführung des einkommensabhängigen Elterngeldes ab dem 1. Januar 2007 entspricht genau meinen Vorstellungen. Die SPD hat sich hier mit ihren familien- und frauenpolitischen Forderungen durchgesetzt. Das Elterngeld wird als einkommensabhängige Leistung ausgestaltet und löst das bisherige Erziehungsgeld ab. Im ersten Lebensjahr des Kindes erhält der betreuende, auf Erwerbstätigkeit verzichtende Elternteil monatlich 67 Prozent seines letzten Net-

toeinkommens, maximal 1800 Euro.

Nur mit dem individuellen Einkommen des betreuenden Elternteils als Bezugsgröße zielt das Elterngeld wirklich auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es trägt dazu bei, das gleichstellungspolitische Ziel zu verwirklichen, mehr Männer zur Inanspruchnahme der Elternzeit zu bewegen. Die von der Union favorisierte Alternative, das gesamte Familieneinkommen als Bezug zu nehmen, wäre unter gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten fatal und im Übrigen auch nicht zu finanzieren.

Ich begrüße, dass die steuerliche Absetzbarkeit von erwerbsbedingten Kinderbetreuungskosten endlich verbessert werden soll. Zu kritisieren ist jedoch das auf der Kabinettsklausur in Genshagen beschlossene Steuermodell. Das Vorhaben der Ministerin von der Leyen, bei Kindern bis sechs Jahren erwerbsbedingte Betreuungskosten bis 4000 Euro abzusetzen, soweit diese

über einen Selbstbehalt von 1000 Euro hinausgehen, ist sozial ungerecht, es benachteiligt Geringverdienende und Alleinerziehende und erzeugt unnötigen bürokratischen Aufwand. Alleinerziehende würden sogar im Vergleich zum geltenden Recht schlechter gestellt, das die Absetzbarkeit der Betreuungskosten nach dem Halbteilungsgrundsatz ab 774 Euro vorsieht.

Wie bei den Kindern im Alter von 7-14 Jahren sollten die Betreuungskosten für Vorschulkinder bereits ab dem ersten Euro steuerlich berücksichtigt werden.

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokraten wollten immer eine Öffnung nach unten, das heißt Absetzbarkeit ab dem ersten Euro. So war es auch mit unserem Koalitionspartner und der Ministerin verabredet und entspricht im Übrigen rechtlichen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Wir werden dies entsprechend im parlamentarischen Verfahren korrigieren. Mit einer Absenkung der Obergrenze von 4000

Euro wäre auch der vereinbarte Finanzrahmen von 460 Millionen Euro einzuhalten.

Wir wollen qualitative Betreuungsangebote für Kinder, insbesondere für unter Dreijährige bedarfsgerecht ausbauen. Das verbessert nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sondern trägt unserer Forderung Rechnung, Lebenschancen von der Herkunft zu entkoppeln. Alle Kinder haben dasselbe Recht auf gute Betreuung und Bildung von Anfang an!

Von der Leyens Forderung, Kindergartengebühren abzuschaffen, ist bei den Kommunen zu Recht auf Skepsis und Widerstand gestoßen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich die CDU-geführte Landesregierung Nordrhein-Westfalens gerade aus der Kindertagesstättenfinanzierung zurückzieht und die Kommunen im Regen stehen lässt.

In der Koalitionsvereinbarung hat die SPD zu Recht darauf gedrungen, dass wir im Konsens mit den Län-

dern und Kommunen die Beitragsfreiheit zumindest für das letzte Kindergartenjahr erreichen wollen. Beispielhaft hat die SPD-geführte Landesregierung von Rheinland-Pfalz dies zu Jahresbeginn eingeführt und den Kommunen dabei einen entsprechenden finanziellen Ausgleich gegeben. Unter dem Aspekt der Chancengleichheit muss der frühkindliche Bildungsauftrag stärker in den Mittelpunkt rücken. Perspektivisch streben wir die vollständige Beitragsfreiheit für den Kindergarten an.

Caren Marks ist stellvertretende familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Bildungspolitischer Landesparteitag

Bitte schon jetzt in die Terminkalender eintragen: Der außerordentliche Bildungspolitische Landesparteitag der niedersächsischen SPD findet am 10. Juni 2006 in Wolfenbüttel statt.

Das Atomgesetz ist ein Ausstiegsgesetz

Am Rande der Vorstandsklausur des SPD-Bezirks Braunschweig sprach der NIEDERSACHSEN-vorwärts mit Bundesumweltminister Sigmar Gabriel über auslaufende Atomkraft und zukunftsfähige Energiepolitik

vorwärts: Sigmar, laut SPIEGEL wollen dich CDU-Energieexperten in Sachen Atomausstieg zum Erfüllungsgehilfen des Kanzleramtsministers machen. Bist du noch Herr des Verfahrens?

Sigmar Gabriel: Was gilt, ist nicht das, was an Sandkastenspielen im CDU-Präsidium gemacht wird oder welche Wunschvorstellungen die Atomwirtschaft hat, sondern es gilt das Atomgesetz und da steht eindeutig drin, dass, wenn es Laufzeitenübertragungen zwischen Kernkraftwerken gibt, diese in der Regel von einem alten auf ein jüngeres Kraftwerk übertragen werden, ganz einfach, weil man davon ausgehen kann, dass die Sicherheitstechnik bei dem jüngeren Kraftwerk besser ist.

Ausnahmefälle im umgekehrten Fall bedürfen der Zustimmung des Bundesumweltministers. Ich kenne kein Argument, das mich veranlassen könnte, einer solchen Laufzeitverlängerung zuzustimmen.

vorwärts: Matthias Platzeck hat auf der Vorstandsklausur in Mainz bekräftigt, dass die SPD beim Atomausstieg hart bleiben will. Wie weit gilt das für dich als Minister einer schwarz-roten Regierung, verändert das die Verhältnisse?



Sigmar Gabriel: »Es bleibt beim Ausstieg.«

Photo: lopo

Sigmar Gabriel: Nein, deshalb nicht, weil wir uns in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt haben. Gegen den Widerstand der CDU haben wir festgeschrieben, dass es beim Ausstieg aus der Atomenergie bleibt. Es gilt das Atomgesetz, das unter rot-grün ein Ausstiegsgesetz geworden ist und daran wird sich nichts ändern.

vorwärts: Nun ist es ja so, dass die fossilen Energieträger knapp werden, und die Angst wird geschürt, Russland könnte den Gas-hahn zudrehen. Ist da nicht

eine Renaissance der Atomkraft geradezu zwangsläufig?

Sigmar Gabriel: Es ist nicht klug, die Abhängigkeit von einem Brennstoff, also Gas oder Kohle durch eine noch viel größere Abhängigkeit vom Uran zu ersetzen. Im Übrigen wissen wir, dass die Uranvorkommen früher erschöpft sind als das bei Kohle und Gas der Fall ist. Das kann kein Argument sein. Die Energie, die uns unbegrenzt zur Verfügung steht, ist erneuerbare Energie.

vorwärts: Kannst du dennoch die Ängste der

Menschen vor einem Gas-Stopp verstehen und kannst du den Menschen überzeugende Alternativen anbieten?

Sigmar Gabriel: Die Ängste der Bevölkerung muss man sehr ernst nehmen. Eine intelligente Energiepolitik ist eine Energiepolitik, die drei Ziele gemeinsam versucht zu erreichen.

Das eine Ziel ist Versorgungssicherheit, das zweite Ziel sind stabile Strompreise und das dritte Ziel ist Klimaschutz. Wir sind nicht für den Ausstieg aus der Kernenergie, weil es im Vertrag steht, sondern weil die Nutzung der Kernenergie diese drei Ziele nicht gewährleistet und weil sie hohe Risiken beinhaltet, die wir im Jahr 2006 anlässlich des 20. Jahrestages von Tschernobyl noch mal vor Augen geführt bekommen.

Unsere Alternativen bestehen erstens im Ausbau der alternativen Energien, zweitens in der Entwicklung von modernen Techniken in der CO² freien Kohlenutzung und drittens im ganz ganz großen Bereich der Energieeffizienz. Es wird in Zukunft auch eine Frage der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sein, welches Land der Erde die effizienteste Energienutzung gewährleistet. ■

SGK-Handbuch zur Kommunalwahl 2006

Die SGK Niedersachsen hat als Arbeitsgrundlage zur Kommunalwahl am 10. September 2006 ein Wahlkampfhandbuch vorgelegt.

Die örtlichen Parteiorganisationen sowie die zahlreichen Kandidatinnen und Kandidaten sowohl für das Ehrenamt als auch für das Hauptamt erhalten darin rechtliche und wahlkampfaktive Hinweise und Ratschläge.

Außerdem finden sich darin die vom SPD-Landesparteitag beschlossenen Kommunalpolitischen Leitlinien als Anregung für die auf örtlicher Ebene zu erstellenden Kommunalwahlprogramme.

Den örtlichen Parteiorganisationen ist jeweils ein Exemplar der Broschüre zur Verfügung gestellt worden. Weitere Exemplare gibt es

gegen Schutzgebühr:

1-5 Exemplare 5 Euro/Stück
ab 6 Exemplare 2 Euro/Stück
jeweils zzgl. Porto.

Zu bestellen beim:

SPD-Landesverband
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
Fax 0511-1674 261
oder per E-Mail bei
margrit-gaertner@spd.de.

SPD-Newsletter

Der SPD-Landesverband informiert in seinem wöchentlich erscheinenden Newsletter alle Interessierten über aktuelle Themen, Termine und Linktipps rund um die niedersächsischen SPD.

Wer in den Verteiler aufgenommen werden will, schickt einfach eine E-Mail an: pressends@spd.de und fügt in die Betreffzeile »Newsletter« ein. ■

Mut zur E-Mail

Informationen und Einladungen der Parteigliederungen können effektiv und schnell elektronisch verteilt werden. Voraussetzung: Alle interessierten Mitglieder teilen ihre jeweils aktuelle E-Mail-Adresse ihrem zuständigen Bezirk mit:

bezirk.braunschweig@spd.de
spd-bezirk-hannover@spd.de
bezirk@spd-nord-niedersachsen.de
bezirk.weser-ems@spd.de

Stellenausschreibungen

In den Samtgemeinden **Ahlden** (Landkreis Soltau-Fallingb.ostel) und **Harpstedt** sind die Stellen der/des Samtgemeindegemeinmeister/s/in zu besetzen. Die Wahlen finden im Rahmen der Kommunalwahlen am 10. September 2006 statt.

Die Bewerbung für die Stelle in **Ahlden** ist bis zum 10. Februar 2006 zu richten an den stellvertretenden OV-Vorsitzenden **Karl Gerhard Tamke**, Ilexweg 12, 29693 Hodenhagen.

Die Bewerbung für die Stelle in **Harpstedt** ist bis 18. Fe-

bruar 2006 zu richten an den SPD OV **Harpstedt** c/o **Klaus Budzin**, **Reiterdamm 11**, 27243 Harpstedt.

Genauere Bewerbungsunterlagen gibt es bei den angegebenen Adressen.

vorwärts: RÄTSEL

Von Göttingen hält der nachmalige Doktor der Jurisprudenz rein gar nichts. »Die Stadt ist sehr schön und gefällt einem am besten, wenn man sie mit dem Rücken ansieht«, schreibt er 1824. Das erstaunt nicht, denn wegen eines Duells hatte ihn an der dortigen Universität das »consilium abeundi« ereilt, allgemein verständlich ausgedrückt: er wurde gefeuert.

Dem großen Genießer wollen schon in Northeim alle Gerichte »besser behagen als die abgeschmackten akademischen Gerichte, die salzlosen, ledernen Stockfische mit ihrem alten Kohl, die mir in Göttingen vorgesetzt wurden.«

Ist ihm schon Göttingen zu eng, so drängt es ihn alsbald, den Knickerigkeiten deutscher Kleinstaaten zu entkommen. Nach einer Reise durch England schreibt er 1828: »Nicht mehr die gekrönten Häuptlinge, sondern die Völker selbst sind die Helden der neuen Zeit«. Dabei denkt er an die »allgemeine europäische Völkerverbrüderung«.

Das missfällt der preussischen Zensur. Seine Reisebilder werden verboten und er entschließt sich 1831, den freigeistlosen deutschen Landen den Rücken zu kehren und frische Luft in Frankreich zu suchen.

Rund 100 Jahre später werden seine Bücher in Deutschland verbrannt. Straßen, die seinen Namen tragen, werden umbenannt. Seine Lieder allerdings können die Nazis nicht auslöschen. Dazu sind sie zu sehr Volksgut geworden. Sein bekanntestes deutsches Lied, das in keinem Schulbuch fehlt, wird mit dem Autorenhinweis versehen: »Verfasser unbekannt«. Wer war der »deutsche Dichter«, der am 17. Februar 1856 in Paris starb? Zu gewinnen gibt es einen vorgetragenen Reisebericht. ■ lopo

vorwärts
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

vorwärts: kulturgut

Wer als Sozialdemokrat einem Auftritt des wahrscheinlich dienstältesten deutschen Kabarettisten **Dietrich Kittner** besuchen will, sollte dreierlei mitbringen: trainierte Bauchmuskeln, Ausdauer und starke Nerven. Kittners Kritisches Kabarett macht nämlich vor nichts und niemandem halt, natürlich auch nicht vor der Sozialdemokratie, die der Altmeister immer wieder kräftig zaust. Manchen gestandenen Sozis bleibt da mitunter die Spucke weg. Allerdings nicht für drei bis vier Stunden, denn so lange dauern Vorstellungen des »Wagner unter den Kabarettisten« für gewöhnlich. Nein; stundenlange Auseinandersetzungen mit der SPD wären selbst für Kittner zuviel, auch wenn gewiss genügend Material für ein oder mehrere Programme über die Sozialdemokratie vorhanden ist.

Nach mehr als 40 Jahren aufklärerischem Kabarett mit inzwischen 28 Program-



Auf den Gaul gekommen:
Dietrich Kittner Photo: lopo

men ist Dietrich Kittner am 12. Januar mit dem Ehrengaul von Niedersachsen für sein Lebenswerk ausgezeichnet worden. Dafür hätte es keinen geeigneteren Ort geben können als das Theater am Küchengarten in Hannover. Der Musentempel, über Niedersachsens Grenzen hinaus liebevoll TAK genannt, ist Teil des Lebenswerkes, denn Kittner

hat es selber entworfen und als Gesamtkunstwerk ausgestaltet.

Dass dieses Hauptquartier der kabarettistischen Kleinkunst allen politischen Widrigkeiten zum Trotz überlebt hat, ist ein wenig auch auf eine »Lex Dietrich« zurückzuführen, mit der die rot-grüne Landesregierung 1990 eine stärkere Förderung des kritischen und politischen Theaters in den Landshaushalt einsetzte. Daran erinnerte **Wolfgang Jüttner**, der Kittner den pfundschweren Gaul mit sportlichem Bemühen überreichte. Künstler von Format wie Dietrich Kittner verdienen Narrenfreiheit gemäß der Tucholskyschen Devise, dass die Satire alles darf.

Wer sich das alles zumuten mag, sollte Kittners Kritisches Kabarett nicht verpassen, wenn es, mitunter auch auf sozialdemokratische Einladung, mal wieder in der Nähe gastiert, im TAK in Hannover noch bis zum 12. Februar. Der Niedersachsenvorwärts gratuliert und wünscht weiterhin Sporen für den Gaul. ■ lopo



Erika Mann, sozialdemokratische Europaabgeordnete aus Bad Gandersheim, war Anfang Januar an der Spitze einer EU-Delegation zu Besuch in Mexiko. Nach ausgiebigen Handelsgesprächen mit Mexikos scheidendem Präsidenten **Vicente Fox** konzentrierte sich Erika Manns Interesse auf die Millionenstadt Monterrey. Dort besuchte sie das Instituto Tecnológico y de Estudios Superiores, eine Technische Hochschule, die seit gut fünf Jahren mit der Fachhochschule Braunschweig-Wolfenbüttel kooperiert. Das internationale Austauschprogramm zwischen beiden Hochschulen bietet als jährlichen Höhepunkt eine Sommerschule am Institut für Fahrzeugbau in Wolfsburg an. ■ Photo: privat

auswärts:

Da wollen uns doch manche Medien unseren zweitliebsten Gegenüber wegloben: Friedbert Pflüger, notorischer zweiter Sieger in Hannöverschen Wahlkämpfen

soll Klaus Wowerit als Regierender Bürgermeister in Berlin ablösen. Der freut sich schon, denn ein Pflüger'scher »Performance-Kick« ist nicht zu befürchten. ■ wuff